

Auszug aus der 9. öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 24.03.2010

zu 10 mündliche Anfragen von Stadträten

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, ich habe auch drei Anfragen. Die erste bezieht sich auf den Flughafen Leipzig/Halle. Da ging jetzt durch die Presse, dass auf der nördlichen Landebahn Ausbaupläne existieren. Können Sie, Herr Dr. Pohlack, dazu ein paar Erläuterungen geben? Und gibt es auch zur südlichen Landebahn und zu den Flugzonen neue Entwicklungen?

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack:

Da sehe ich mich spontan daran gehindert, weil das eine Aufsichtsratsinformation ist. Das muss ich erst mal noch ein bisschen sortieren, was davon der Öffentlichkeit kund getan werden kann. Haben Sie bitte Verständnis dafür. Es gibt bisher nur die Information im Rahmen des Aufsichtsrates.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Da muss ich nachfragen, wann Sie dann darüber informieren wollen. Nachher im nicht öffentlichen Teil? Oder zu einem anderen Zeitpunkt?

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack:

Zu einem anderen Zeitpunkt.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Und zur südlichen Landebahn, zu den Flugrouten gibt es da neue Entwicklungen?

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack:

Die nächste Sitzung der Fluglärmkommission ist am 31.03.2010. Ich hatte Ihnen damals, als wir hier so ausführlich darüber diskutiert haben, schon gesagt, dass die Deutsche Flugsicherung für das NIROS-Verfahren einen Zeitraum von mindestens einem dreiviertel Jahr braucht. Da kann jetzt auch noch kein Ergebnis vorliegen. Aber ich denke, dass ich am 31.03.2010 eine Zwischeninformation kriege.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Gut. Die zweite Anfrage bezieht sich noch mal auf die Umweltzone. Das, was Sie gerade ausgeführt haben, hat mich nicht im Geringsten befriedigt. Mir ist zugetragen worden, dass wohl so etwas wie eine Anweisung existiert, dass die Stadt Halle sich jetzt gegen die Umweltzone ausspricht, nachdem ja die Weichen schon in diese Richtung gestellt werden.

Also ich würde Sie bitten, im Anschluss daran, was Sie vorhin ausgeführt haben, vielleicht doch noch mal ein bisschen detaillierter einzugehen, wie jetzt der aktuelle Stand dieses Verfahrens ist.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Ich habe das zuständige Amt bzw. wir haben gestern dezidiert Aussagen darüber verlangt, an welchen Stellen gemessen worden ist. Wir wollten wissen, ob die Messstellen wirklich relevant sind, ob man die Messstellen so anerkennen kann und sind eigentlich zu dem Schluss gekommen, dass es da einiges an Ungereimtheiten gibt und dass man hinterfragen muss, auch bei der Einführung einer Umweltzone, ob man durch Umgehungsverkehr nicht in den einzelnen Stadtteilen dann noch viel schlimmere Umweltbelastungen hervorruft.

Das heißt: die ganzen Vorschläge prüfen, die in Verbindung mit einer Umweltzone, die das beinhalten - ob die wirklich zu einer Entlastung führen, auch an der einen Stelle. Wir haben ja nur an einer Stelle eine Überschreitung - wie viele Menschen da überhaupt betroffen sind, ob das die schlimmste Stelle in der Stadt ist? Das waren alles Fragen, die meiner Meinung nach noch mal dezidiert beantwortet werden müssen.

Und es gibt keine Weisungen von uns. Ich habe nur gesagt, wir können im Moment unser Einvernehmen nicht erklären. Und es gibt auch keine Weisung diesbezüglich in die Verwaltung hinein. Ich habe lediglich darum gebeten, dass entsprechende Schriftsätze vorbereitet werden. Und die werden von mir bzw. von Herrn Dr. Pohlack unterschrieben. Es wird sicherlich noch mal Gespräche mit dem Landesamt geben.

Aber so im vorauseilenden Gehorsam denke ich, können wir als Stadtverwaltung nicht einfach ein Amt agieren lassen, sondern das muss schon fundiert sein. Und dieses Fundierte konnte ich gestern nicht feststellen.

Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Also mit Verlaub Frau Oberbürgermeisterin, alles das, was Sie jetzt hier vorgebracht haben, ist schon „x-mal“ durchdiskutiert. Und für alle diese Fragen gab es auch schon mal Antworten. Und ich muss sagen, die Wortwahl, die Sie jetzt gewählt haben, ist ein bisschen fragwürdig. Ein Amt nimmt sich heraus, da irgendwelche Entscheidungen zu treffen. Das ist immerhin die zuständige Behörde für diese Fragen. Und insofern für mich nicht ganz nachvollziehbar, dass Sie das jetzt so infrage stellen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Das haben Sie jetzt ein bisschen falsch verstanden. Ich habe von Verwaltung geredet. Und dann muss das schon eine Verwaltungsentscheidung sein, ob wir unser Einvernehmen erklären oder nicht und das kann nicht von einem Amt innerhalb der Verwaltung gemacht werden.

Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Mir ist überhaupt nicht bewusst, dass die Stadt Halle da überhaupt das Recht hat, Einvernehmen zu verweigern.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Wenn man ein Einvernehmen erklären muss, dann hat man für meine Begriffe auch das Recht, das Einvernehmen nicht zu erklären. Also bitte lassen Sie uns das prüfen. Ich hatte das nur vorhin angedeutet, dass für mich das nicht so rund und selbstverständlich ist, wie Sie es jetzt hier darstellen. Da sind wir dabei.

Und ich meine einfach, dass man hier mehrere Dinge betrachten muss und dass man hier nicht im vorauseilenden Gehorsam nun sagt, das ist Gott gegeben. Also ich möchte schon, dass das fundiert dargelegt wird und das konnte ich gestern nicht im vollen Umfang erkennen.

Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Und ich möchte gerne, dass Sie diese Ungereimtheiten, so wie Sie die genannt haben, noch mal ganz konkret benennen, damit das auch für uns irgendwo nachvollziehbar ist, wo da die Probleme sind. Weil, wie gesagt, alles das, was Sie jetzt genannt haben, ist für mich nicht nachvollziehbar. Aber ich will es jetzt nicht weiter in die Länge ziehen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Herr Weihrich, das ist Verwaltungshandeln und da sind wir im Moment dabei. Und wo der Rat einzubinden ist, werden wir den Rat einbinden.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Herr Wehrich, die nächste Frage bitte.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ja, die letzte Frage bezieht sich auf die Fördermittel für einzelne Vereine. Ich frage mal ganz direkt: Gibt es Bestrebungen, bei Vereinen zu kürzen, die dieses Programm Kommunal-Kombi in Anspruch nehmen? Gibt es Bestrebungen, hier Stellen zu kürzen? Und wenn ja: In welcher Höhe ist geplant, hier zu kürzen?

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Herr Neumann.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit:

Ja, Herr Wehrich, das ist ganz einfach. Wir haben ja in den letzten zwei Jahren das Förderprogramm Kommunal-Kombi ausgereicht. Und wir haben das auch co-finanziert durch den Eigenbetrieb für Arbeit der Stadt Halle.

Und dann ist es so, dass wir nun einen Fördermittelabgleich vornehmen. Es gibt ja eine Fördermittelstelle und da sind wir natürlich gehalten, zu prüfen, welche Vereine neben den schon erhaltenen zusätzlichen Kommunal-Kombi-Stellen Fördermittelanträge gestellt haben, die auch noch Personalkosten beinhalten. Da sind wir gerade im Moment dabei abzugleichen, wo es da zu Doppelungen oder nicht zu Doppelungen kommt. Denn Sinn dieses Abgleiches war es ja, Doppelförderungen zu vermeiden. Das müssen wir im Moment prüfen, um sozusagen zu vermeiden, dass wir dort nicht doppelt fördern.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das war aber nicht ganz die Antwort auf meine Frage. Ich habe gefragt, ob es Bestrebungen gibt, hier zu kürzen. Und wenn ja in welcher Höhe.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit:

Also wenn Doppelförderungen vorliegen, dann werden wir natürlich Kürzungen vornehmen. Wenn sich der Förderantrag, der beim Kommunal-Kombi gestellt worden ist, mit dem jetzigen Förderantrag bei der Stadt doppelt mit den Inhalten, dann ist das eine Doppelförderung und dann müssen wir natürlich kürzen.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das ist doch Inhalt des Programms oder? ... sehr merkwürdig.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Herr Wehrich, ich verstehe Ihre Frage nicht ganz. In welchem Zusammenhang reden Sie von Kürzungen? Wir gehen im Moment davon aus, es liegen Anträge vor, die werden jetzt innerhalb der Verwaltung bearbeitet, vorbereitet, damit sie in den Ausschüssen behandelt werden können.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Also Kürzungen meine ich im Vergleich zu den Folgejahren*.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Es ist gar keine Grundlage dafür da, von Kürzungen zu reden. Wir sind dabei, Vorlagen für die Ausschüsse zu erarbeiten. Und da haben wir vorher abzuwägen, das ist unsere Aufgabe als Verwaltung. Und da sind wir dabei.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Also ich habe mir jetzt das Recht rausgenommen, da von Kürzungen zu reden. Ich könnte jetzt auch sagen Streichungen oder Reduzierungen im Vergleich zu den Folgejahren*. Das ist jetzt mit Kürzungen gemeint.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Sie meinen sicher zu den Vorjahren?!

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ja natürlich. Entschuldigung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Aber es heißt: insgesamt haben wir jeden Antrag darauf zu prüfen! Ich meine, das erzähle ich ja einem Abgeordneten von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, es wäre ja wie „Eulen nach Athen tragen“ - auf Nachhaltigkeit. Ist das notwendig, stehen Aufwand und Nutzen, Kosten und Nutzen hier in einem Verhältnis. Das haben wir jedes Mal zu tun. Und da sind wir dabei.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Gut. Ich nehme das jetzt erst mal so hin.

Ende des Wortprotokolls.

*gemeint ist „Vorjahre“. Auf Feststellung der Oberbürgermeisterin hat sich Herr Wehrich korrigiert.